



Dienstag, 09. November 2021, 14:00 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Die Wurzel allen Übels

Zum Schutz unserer Erde sollten wir das Militär als größten Umweltschädler bekämpfen, statt apathisch auf einen Klimagipfel zu starren.

von Heinrich Frei
Foto: KREML/Shutterstock.com

In der Umweltfrage richten sich die Finger meist auf den Endverbraucher. Dieser solle es mit Einsparungen, Verzicht und ökologischen Umbaumaßnahmen richten. Sicherlich kann jeder von uns einiges tun: sich eine Photovoltaik-Anlage aufs Dach holen zum Beispiel. Doch die Anstrengungen von vielen Millionen Menschen könnten zunichte gemacht werden, sollten ein paar wahnsinnige Politiker einen nuklearen Winter auslösen. Wie so oft in der Geschichte fängt man die Kleinen und lässt die Großen laufen. Und die

bei weitem größte Gefahr für unser Klima ist das Militär. Davon liest man in unseren Medien jedoch kaum etwas. Der Autor hat sich vorgenommen, die Prioritäten neu zu überdenken. Warum nach Glasgow zur UN-Klimakonferenz reisen, wenn wir bei uns beginnen können? Etwa mit Solarstrom oder dem Stopp der Investitionen in Rüstung und den Bau von Atombomben.

Warum in die Ferne schweifen — nach Glasgow zur UN-Klimakonferenz —, wenn das Gute liegt so nah? Statt dass Sie ein neues Smartphone kaufen, werden Sie Besitzer von einem Quadratmeter einer Solaranlage in Zürich; 1 qm kostet nur 250 Franken (<https://www.ewz.ch/de/private/strom/produkte/ewz-solarzueri.html>). Damit tun Sie etwas für die Umwelt.



Quelle: Website EWZ

<https://www.ewz.ch/de/private/strom/produkte/ewz-solarzueri.html>

Milliarden für alternative Energien statt für Rüstung

Wie wäre es, wenn private Anleger, die Schweizerische Nationalbank, Banken, Versicherungen und Pensionskassen ab sofort nicht mehr Milliarden in internationale Rüstungskonzerne stecken würden? Wenn diese Milliarden stattdessen für den Bau von Solar-, Wind-, Erdwärme- und Geothermie-Anlagen verwendet würden und zur besseren Wärmedämmung von Häusern?

Laut ICAN, der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von **Atomwaffen** (<https://www.icanswitzerland.ch/de/>), investierten schweizerische Geldhäuser 2019 schamlos sogar 8,983 Milliarden US-Dollar in Konzerne, die Atomwaffen **herstellen** (<https://public.tableau.com/app/profile/ican.switzerland/viz/Do-ntBankOnTheBomb-CH2019/SwissFinancialInstitutionsBankingOnTheBomb-2019>).

Mit diesen 8,983 Milliarden USD – das sind 8,17 Milliarden Schweizer Franken –, die heute von Institutionen der „humanitären, dem Frieden verpflichteten Schweiz“ für diesen nuklearen Irrsinn verschwendet werden, könnte man bei 180.000 Wohnungen auf dem Dach und an den Fassaden Panels installieren für die Strom-, Warmwasser- und Heizversorgung, dazu im Keller Warmwasserspeicher und Stromspeicherelemente montieren (Annahme Investition von circa CHF 50.000 pro Wohnung).

Gesetzliches Finanzierungsverbot von verbotenen Waffen

Die Organisation ICAN, Friedensnobelpreisträgerin 2017, schreibt:

„Dass Schweizer Banken Geld in die Weiterentwicklung von Massenvernichtungswaffen investieren, ist umso erstaunlicher, als dies eigentlich verboten ist. Seit der Revision des Kriegsmaterialgesetzes (KMG) vom 1. Januar 2013 gibt es ein gesetzliches Finanzierungsverbot von verbotenen Waffen. Darunter fallen auch Atomwaffen, welche in **Artikel 7 Absatz 1 lit. a KMG** **aufgeführt sind**

https://fedlex.data.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/cc/1998/794_794_794/20130201/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-cc-1998-794_794_794-20130201-de-pdf-a.pdf.“

Am 6. Oktober 2017 wurde ICAN der Friedensnobelpreis zugesprochen für „ihre Arbeit, Aufmerksamkeit auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen von Atomwaffen zu lenken, und für ihre bahnbrechenden Bemühungen, ein vertragliches Verbot solcher Waffen zu erreichen“.

Gesetzliches Finanzierungsverbot von Atomwaffen

Die Damen und Herren in den Heiligen Hallen des Bundeshauses in Bern scheinen nicht darum bemüht zu sein, das „direkte und indirekte Finanzierungsverbot für verbotene Waffen“ durchzusetzen. Sich an Gesetze und Verordnungen zu halten, ist anscheinend nur dem Fußvolk vorbehalten. Das gleiche Phänomen ist auch beim Export von Kriegsmaterial zu beobachten. Seit 1973 gibt es sehr strenge Verordnungen und Gesetze, die nicht eingehalten werden; Waffenexporte in Kriegs- und Spannungsgebiete sowie menschenrechtsverletzende Regime wären dann verboten (1).

Beim Kriegsmaterialexport heißt es eben einfach, zur Aufrechterhaltung einer einheimischen Rüstungsproduktion für die Landesverteidigung seien trotzdem gewisse Exporte zulässig, die

eigentlich verboten sind, unter anderem an kriegführende NATO-Staaten, an Regime im Nahen Osten, nach Pakistan, Indien und so weiter.

Militär = Umweltkiller Nummer 1

Vermutlich wird bei der UN-Klimakonferenz in Glasgow nicht über die größten Umweltverschmutzer verhandelt: die Armeen. Das Militär wurde seinerzeit als Klimakiller bewusst aus dem Kyoto-Protokoll und aus andern UN-Klimadokumenten einschließlich der Charta von Paris ausgeklammert, dies auf Druck der USA und der NATO-Staaten, wie Reiner Braun in seinem Text „**Die Umwelt-Killer** (<https://www.rubikon.news/artikel/die-umwelt-killer>)“ auf *Rubikon* schreibt. Krieg und Militär gehören zu den größten Verbrauchern von Energie und anderen Ressourcen und setzen erhebliche Umweltschadstoffe frei.

Golfkrieg 1991: Verbrannte Erde. Uranmunition, die Krebs verursacht

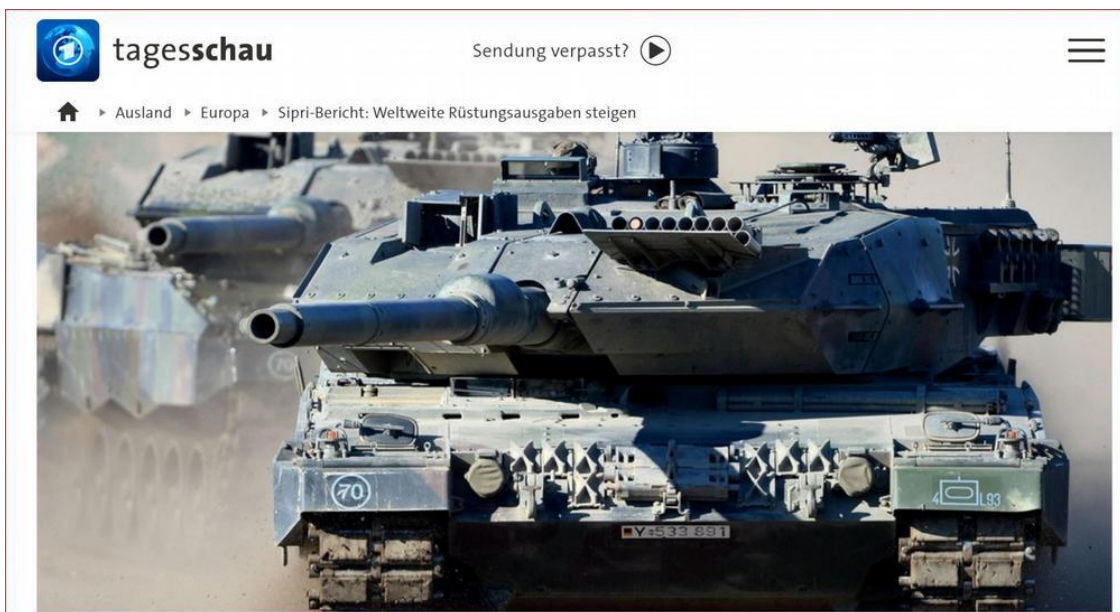
Reiner Braun schreibt:

„Während des Golfkriegs von 1991 zeigten die Ölbrände in Kuwait und die Freisetzung von Öl im Persischen Golf die Folgen einer Politik der verbrannten Erde. Amerikanische Militärangehörige beklagten sich über das Golfkriegssyndrom als Folge des Einsatzes von mehr als 1.000 Tonnen Uranmunition, eine radioaktive, besonders durchschlagsfähige effektive Munition, durch das US-Militär.“

Auch auf dem Balkan wurde von der NATO Uranmunition eingesetzt, was Soldaten und Zivilisten bis heute an Krebs erkranken lässt. Italienische Soldaten, die nach dem Krieg durch die

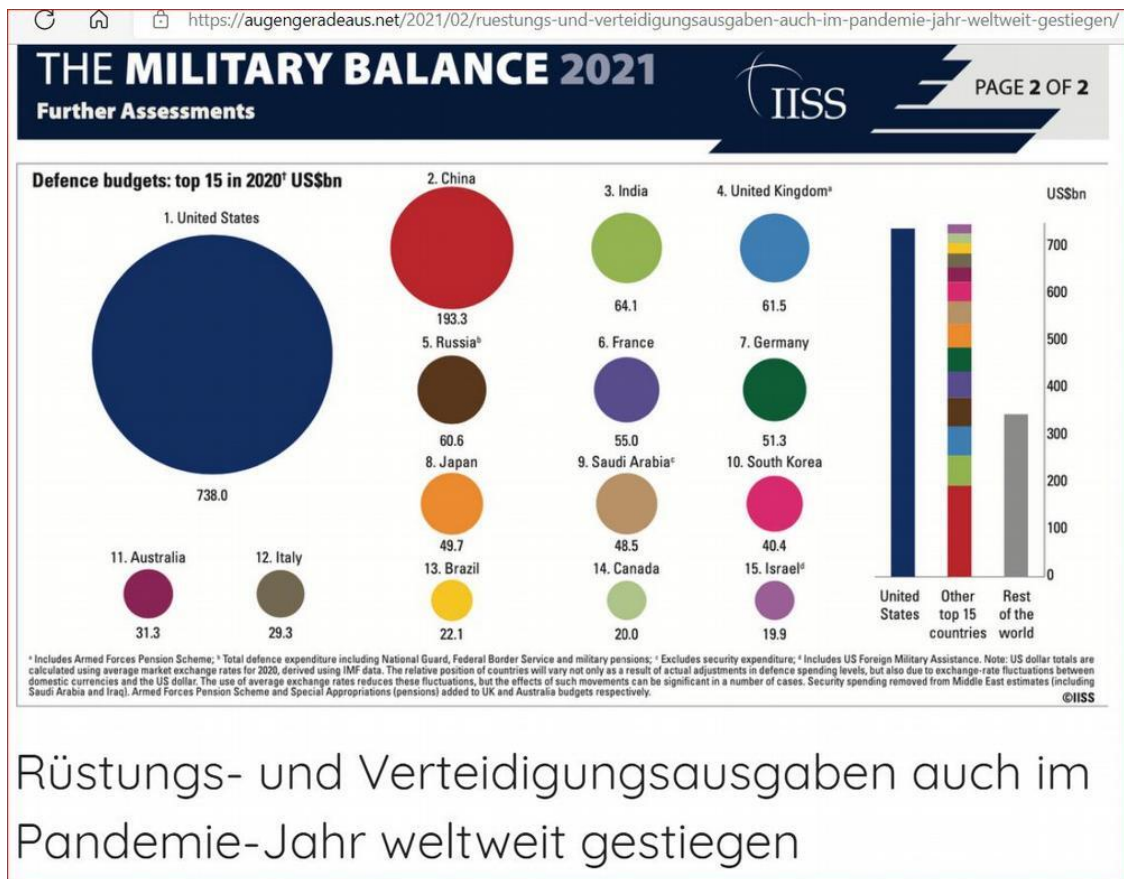
Uranmunition erkrankten, erhielten Entschädigungen, nicht aber die Zivilbevölkerung in Ex-Jugoslawien, ebenso wenig die Menschen im Nahen Osten, die früher vergiftet wurden.

Heute existieren nach wie vor 15.000 Atomwaffen mit der vielfachen Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe: Ein Atomkrieg könnte die Atmosphäre so stark verdunkeln, dass das Leben auf der Erde nicht nur gefährdet wäre – nuklearer Winter –, sondern das Leben auf der Erde würde unweigerlich zerstört.



Quelle: Website Tagesschau, Screenshot von Heinrich Frei

1.981 Milliarden US-Dollar – so viel Geld investierten Länder weltweit im vergangenen Jahr in ihre **Armeen** (https://www.sipri.org/sites/default/files/2021-06/sipri_yb21_summary_en_v2_0.pdf). Mit einem Bruchteil dieser Militärausgaben könnten Windräder, Sonnenkollektoren und Geothermie-Anlagen gebaut und Häuser wärmegeklämt werden, in den reichen wie in den armen Ländern.



Mit einem Bruchteil der weltweiten Militärausgaben krasse Armut beseitigen

Heute hungern 811 Millionen Menschen auf dieser Erde. 41 Millionen stehen am Rande einer Hungersnot, der extremsten Form des Hungers, die zum Tod durch Hunger oder Krankheit **führen kann** (<https://www.wfp.org/ending-hunger>).

Mit einem Bruchteil der weltweiten Militärausgaben wäre es möglich, allen Menschen genügend Nahrung und sauberes Trinkwasser zu verschaffen, sie medizinisch zu betreuen und es allen Kindern zu ermöglichen, eine Schule zu besuchen.

Das Welternährungsprogramm stellte fest:

„Die Folgen einer Ernährung, die arm an Vitaminen, Mineralien und anderen Nährstoffen ist, beeinflussen die Gesundheit und die Lebensaussichten von Millionen weiterer Menschen und werfen einen Schatten auf die Zukunft von Gemeinschaften und ganzen Ländern.“

Es wird genügend Nahrung produziert, um alle Menschen zu ernähren

Weiter schreibt das Welternährungsprogramm:

„Obwohl genug Nahrung produziert wird, um alle Menschen auf diesem Planeten zu ernähren, bleibt das Ziel einer Welt ohne Hunger, wie es in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und speziell im Ziel 2 festgelegt ist, aufgrund eines toxischen Cocktails aus Konflikten, Klimawandel, Katastrophen und struktureller Armut und Ungleichheit eine große Herausforderung. Im vergangenen Jahr haben die sozioökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie die Situation weiter verschärft, indem Millionen schutzbedürftiger Menschen in eine größere Ernährungsunsicherheit gedrängt wurden.“

Welternährungsprogramm braucht 2021 15 Milliarden US-Dollar

„Um Millionen der hungrigsten Menschen der Welt zu ernähren und Millionen weiteren Menschen zu helfen, mit den Auswirkungen von Konflikten, Klimawandel und tief verwurzelter Armut fertig zu werden, sind jedes Jahr Milliarden von Dollar erforderlich. Der Finanzierungsbedarf des Welternährungsprogrammes für 2021 beläuft sich auf 15 Milliarden US-Dollar.“

132-mal mehr für das Militär und die Rüstung als für das Welternährungsprogramm

Zum Vergleich: 1.981 Milliarden US-Dollar investierten Länder

weltweit 2020 in ihre Armeen. Das ist 132-mal mehr als die 15 Milliarden, die das Welternährungsprogramm in diesem Jahr benötigen würde. Laut der ICAN gaben die neun Nuklearwaffenstaaten im vergangenen Jahr 72,6 Milliarden US-Dollar (rund 60 Milliarden Euro) für den Ausbau ihrer Arsenale aus.

Das ist knapp 5-mal mehr als die 15 Milliarden, die das Welternährungsprogramm in diesem Jahr benötigen würde. Inflationbereinigt haben die Ausgaben für die Nuklearrüstung der neun Atomwaffenstaaten 1,4 Milliarden US-Dollar mehr als 2019 betragen. Schweizer Geldinstitute investierten 2019, wie schon erwähnt, 8.983 Milliarden US-Dollar in Konzerne, die Atomwaffen herstellen.



1981 Milliarden US-Dollar investierten, vergeudet, 2020 die Staaten dieser Welt in ihre Armeen und die Rüstung



72,6 Milliarden US-Dollar gaben die neun Nuklearwaffenstaaten 2020 für den Ausbau ihrer Atomwaffen-Arsenale aus.



Das Welternährungsprogramm sollte 2021 15 Milliarden US-Dollar zur Verfügung haben, um Millionen der hungri- gsten Menschen der Welt zu ernähren und Millionen weiteren Men- schen zu helfen.

Vergleichsgrafik: Weltweite Rüstungsausgaben, Ausgaben zum Ausbau des Atomwaffenarsenals im Vergleich zum Finanzbedarf des Welternährungsprogrammes, Grafik von Heinrich Frei

Atomkrieg: Nuklearer Winter, Auslöschung der Menschheit

Investitionen in Atomwaffen sind ein absoluter Irrsinn, wie oben schon erwähnt. Ein Atomkrieg ist eigentlich nicht führbar. Trotzdem üben Piloten der deutschen Bundeswehr im Rahmen der nuklearen Teilhabe in Büchel nach wie vor den Einsatz von Kernwaffen mit Jagdbombern vom Typ **Tornado** (https://de.wikipedia.org/wiki/Nukleare_Teilhabe) in einem Krieg könnte zu einer weltweiten Abkühlung des Klimas führen, zu einem nuklearen Winter, gefolgt von Hungersnöten. Ein großer nuklearer Schlagabtausch der Großmächte würde das Ende der Menschheit bedeuten.

Quellen und Anmerkungen:

(1) 1973 wurde das neue revidierte Kriegsmaterialgesetz in Kraft gesetzt. Nach Artikel 11 Absatz 2 des Kriegsmaterialgesetzes sollten damals für Kriegsmaterial keine Ausfuhrbewilligungen erteilt werden

„a) nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen;

b) wenn Grund zur Annahme besteht, dass Kriegsmateriallieferungen in ein bestimmtes Land die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere zur Achtung der Menschenwürde sowie im Bereich der humanitären Hilfe oder der Entwicklungshilfe, beeinträchtigen“.



Heinrich Frei, Jahrgang 1941, ist Architekt und beteiligt sich in der Schweiz an verschiedenen friedenspolitischen Initiativen. Er arbeitet ebenfalls bei **Swisso Kalmo** (<http://www.swisso-kalmo.ch/>) mit.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.